Keine Erhöhung der Kindergartenbeiträge – auf die SPD ist Verlass

Schon in der Haushaltsdebatte hat sich die SPD-Fraktion, wie auch in den vergangenen Jahren, gegen eine Erhöhung der Elternbeiträge für die Kindergartenbetreuung ausgesprochen.

Für die SPD sind Kindertagesstätten heute eine wichtige Bildungseinrichtung und zur Vorbereitung auf die Schule unerlässlich. Wir sind der Meinung, dass Kindergärten genauso wie die Schulen eine staatliche Aufgabe sind, und dass Kindergärten den Schulen gleichgestellt werden sollen. D.h. Kindergärten sollten genauso finanziert werden wie die Schulen. Es kann ja nicht sein, dass die Vorbereitung auf die Schule eines Kindes von den finanziellen Mitteln einer Gemeinde abhängig ist. Und schon gar nicht vom Einkommen der Eltern. Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit müssen in jeder Gemeinde und für jede Familie gewährleistet sein.

Hierfür setzt sich die SPD im Land ein.

Bis dies realisiert ist sorgen wir vor Ort dafür, dass der Kindergartenplatz bezahlbar bleibt. Und in einer Situation wie wir sie derzeit in Malsch haben, wo Betreuungszeiten kurzfristig gekürzt werden oder ganze Gruppen ausfallen, ist eine Erhöhung der Beiträge vollkommen unangebracht.

Ja, es gibt eine Vorgabe des Landes, dass die Leistung der Kinderbetreuung durch 20 % Eigenanteil der Eltern zu zahlen ist. Und ja, wir liegen in Malsch zurzeit deutlich darunter. Aber es ist eine Vorgabe, kein Muss. Wenn auf der einen Seite eine zugesagte gebuchte Leistung nicht erbracht werden kann (die Gründe hierfür sind bekannt, können aber den Eltern nicht angelastet werden) ist es unredlich auf der anderen Seite für genau diese Leistung die Gebühren sogar zu erhöhen.

Für die SPD-Fraktion kommt derzeit eine Gebührenerhöhung nicht in Betracht. Eine mögliche Umstellung auf das Württembergische Modell muss intensiver betrachtet werden. Es kann für kinderreiche Familien gerechter sein als unsere derzeit gültige Regelung. Aber es müssen viel mehr Berechnungen angestellt werden als bisher erfolgt. Zudem muss so eine Veränderung in ein Gesamtkonzept gepackt werden, das neben den Gebühren auch die verlässliche Betreuung umfasst. Hierfür wird mehr Zeit gebraucht und kann nicht in so kurzer Zeit verabschiedet werden.

Daher wird die SPD-Fraktion im Moment einer Umstellung auf das Württembergische Modell wie auch einer Gebührenerhöhung nicht zustimmen.

Einer Erhöhung der Essensbeiträge wird die SPD zustimmen. Die Beschaffung von Lebensmittel wird auch für die Caterer teurer. Und an der Qualität des Essens für unsere Kinder wollen wir keine Abstriche machen.

12. März 2023

Für die SPD in Malsch

Peter Haas Veronika Wehr-Schwander

Ortsvereinsvorsitzender Fraktionsvorsitzende